



Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

der Stadt Zürich für Dienstleistungsaufträge

1. Geltungsbereich

- 1.1. Die vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) regeln Abschluss, Inhalt und Abwicklung von Verträgen über Dienstleistungen der Stadt Zürich.
- 1.2. Wer der Stadt Zürich ein Angebot einreicht, bestätigt, die vorliegenden AGB zur Kenntnis genommen zu haben und sie zu akzeptieren. Weiter verpflichtet sich die Vertragspartei, sowie deren Subunternehmen, den «Verhaltenskodex für leistungserbringende Vertragsparteien der Stadt Zürich» in der geltenden Form ([hier abrufbar](#)) einzuhalten.
- 1.3. Die Stadt Zürich akzeptiert keine Allgemeinen Geschäftsbedingungen von anderen Vertragsparteien.
- 1.4. Die Parteien können von diesen AGB abweichende oder ergänzende Bestimmungen in einem schriftlichen Vertrag i.S.v. Art. 13 ff. OR¹ vereinbaren, soweit sie sachlich gerechtfertigt sind.
- 1.5. Die Stadt Zürich ist jederzeit berechtigt, die AGB schriftlich anzupassen.
- 1.6. Bei Widersprüchen unter den Bestimmungen gilt folgende Rangfolge: 1. Vertragsurkunde, 2. Offertanfrage (inkl. Ausschreibungsunterlagen), 3. AGB der Stadt Zürich, 4. Angebot.

2. Angebot

- 2.1. Das Angebot, einschliesslich allfälliger Präsentationen und/oder Demonstrationen, erfolgt unentgeltlich, sofern in der Angebotsanfrage oder den Ausschreibungsunterlagen nichts Anderes vermerkt ist.
- 2.2. Das eingereichte Angebot ist während der in der Angebotsanfrage genannten Frist verbindlich. Fehlt eine entsprechende Angabe, bleiben die

Anbietenden während sechs Monaten ab Angebotseingang daran gebunden.

- 2.3. Die Anbietenden haben im Angebot die Mehrwertsteuer (MWST) separat auszuweisen.
- 2.4. Möchten Anbietende Dritte zur Leistungserbringung beiziehen, muss dies im Angebot erwähnt werden. Anbietende nennen der Stadt Zürich Subunternehmen, wenn möglich im Angebot, spätestens jedoch bei der Auftragserteilung durch die Stadt Zürich.

3. Auftragserteilung

Der Auftrag der Stadt Zürich erfolgt in der Regel schriftlich oder gestützt auf eine elektronische Bestellung, unter Angabe von verbindlichen Vorgaben an die Leistungserbringung (u.a. Preis und Liefertermin).

4. Erfüllungsort

Die Stadt Zürich bezeichnet den Erfüllungsort.

5. Ausführung

- 5.1. Die leistungserbringende Partei verpflichtet sich als Spezialistin zu einer sorgfältigen, getreuen und sachkundigen Vertragserfüllung. Sie garantiert, dass alle erbrachten Leistungen den zugesicherten Bedingungen und Spezifikationen sowie den gesetzlichen Vorgaben, den aktuellen Methoden und technischen Standards entsprechen.
- 5.2. Für die Vertragserfüllung werden nur sorgfältig ausgesuchte und gut ausgebildete Mitarbeitende eingesetzt, welche über die für die Leistungserbringung erforderlichen Bewilligungen verfügen.
- 5.3. Die von der leistungserbringenden Partei zur Vertragserfüllung beigezogenen Dritten gelten in jedem Falle als deren Hilfspersonen im Sinne von Art. 101 OR. Die Zustimmung der Stadt

¹ Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht), SR 220.

Zürich zum Beizug von Dritten, bzw. die Kenntnisnahme davon, lässt die vertragliche Haftung der leistungserbringenden Partei unberührt. Art. 399 Abs. 2 OR wird ausdrücklich wegbedungen.

- 5.4. Die leistungserbringende Partei ist ohne schriftliche Vollmacht nicht zur Vertretung der Stadt Zürich ermächtigt und darf diese gegenüber Dritten nicht verpflichten.

6. Beistelleleistungen der Stadt Zürich

Sämtliche durch die Stadt Zürich zur Verfügung gestellten Materialien, Beistellteile, Betriebsmittel usw. dürfen ausschliesslich zum Zweck der Vertragserfüllung verwendet werden. Sie verbleiben im Eigentum der Stadt Zürich, sind als solche zu bezeichnen, sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen zurückzugeben. Die Stadt Zürich unterzieht das Material beim Eingang einer Kontrolle. Festgestellte Schäden werden der leistungserbringenden Partei unverzüglich gemeldet, welche dafür haftet.

7. Verzug, Konventionalstrafe

- 7.1. Die leistungserbringende Partei gerät bei Nichteinhalten von fest vereinbarten Terminen (d.h. eines als Verfalltag vereinbarten Termins) ohne Mahnung in Verzug. In den übrigen Fällen geht die Stadt Zürich nach Art. 102 ff. OR vor.
- 7.2. Kommt die leistungserbringende Partei in Verzug, schuldet sie eine Konventionalstrafe in der Höhe von 1 Promille des gesamten Auftragswertes pro Verspätungstag, höchstens aber in der Höhe von 10 Prozent der gesamten Auftragsvergütung, sofern sie nicht beweist, dass sie kein Verschulden trifft. Für jeden einzelnen Verzugsfall gilt eine separate Konventionalstrafe.
- 7.3. Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit die leistungserbringende Partei weder von den Pflichten aus dem Verhaltenskodex noch der Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen. Die Konventionalstrafe wird auf einen allfälligen Schaden angerechnet. Vorbehalten bleibt jedoch der Ersatz des darüberhinausgehenden, weiteren Schadens.

8. Verletzungen der Pflichten aus dem Verhaltenskodex

- 8.1. Verletzt die leistungserbringende Partei oder eine ihrer Subunternehmen Pflichten aus dem «Verhaltenskodex für leistungserbringende Vertragsparteien der Stadt Zürich», so schuldet sie eine Konventionalstrafe, sofern sie nicht beweist, dass sie kein Verschulden trifft.

- 8.2. Diese beträgt je Verletzungsfall 10 Prozent des gesamten Auftragswertes, insgesamt aber mindestens 3000.– und höchstens 100 000.– Franken.

- 8.3. Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit die leistungserbringende Partei weder von den Pflichten aus dem Verhaltenskodex noch von der Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten.

9. Vergütung / Rechnungsstellung / Fälligkeit

- 9.1. Die leistungserbringende Partei erbringt die geforderten Leistungen zu den vereinbarten Preisen.
- 9.2. Die Vergütung gilt sämtliche Leistungen ab, die zur gehörigen Vertragserfüllung notwendig sind. Sofern nicht etwas anders vereinbart wurde, gehen sämtliche Steuern (Ausnahme MWST), Abgaben, Spesen und Gebühren zu Lasten der leistungserbringenden Partei. Insbesondere die Reisezeit vom und zum Erfüllungsort wird nicht separat entschädigt.
- 9.3. Die leistungserbringende Partei stellt Rechnung gemäss Zahlungsplan bzw. nach Erbringung der Leistungen. Die Rechnung weist die MWST separat aus.
- 9.4. Solange keine korrekte Rechnung vorliegt, erfolgt keine Zahlung und es tritt kein Zahlungsverzug ein.
- 9.5. Sofern nichts anderes vereinbart ist, erfolgt die Zahlung innert 30 Tagen nach Erhalt der korrekten Rechnung unter Wahrung des Anspruchs auf Skontoabzug. Erfordert die Rechnung aber eine externe Vorprüfung, beträgt die Zahlungsfrist 45 Tage ab Erhalt der korrekten Rechnung.
- 9.6. Ohne schriftliche Mahnung schuldet die Stadt Zürich keine Verzugszinsen. Die leistungserbringende Partei ist im Falle eines Zahlungsverzugs der Stadt Zürich nicht berechtigt, die Ausführung irgendwelcher Bestellungen zu verzögern oder zu verweigern oder vom Vertrag zurückzutreten. Bei Zahlungsverzug beträgt der Verzugszins auf den fälligen Betrag 3 Prozent pro Jahr und für weiteren Verzugsschaden entfällt jede Haftung.

10. Haftung

Die leistungserbringende Partei haftet für die getreue und sorgfältige Ausführung der übertragenen Aufgaben. Weiter haftet sie für das Verhalten ihrer Subunternehmen und sonstigen Hilfspersonen wie für ihr eigenes.

11. Sozialversicherungen und Arbeitsbewilligungen

- 11.1. Die leistungserbringende Partei nimmt die notwendigen Anmeldungen für sich und ihre Angestellten bei den Sozialversicherungen vor. Die Stadt Zürich schuldet der leistungserbringenden Partei sowie deren Angestellten grundsätzlich keine Sozialversicherungsleistungen.
- 11.2. Auf Verlangen der Stadt Zürich legt die leistungserbringende Partei Kopien der erforderlichen Anmeldungen bei den Sozialversicherungen vor.
- 11.3. Die leistungserbringende Partei ist verpflichtet, für ihre ausländischen Angestellten die erforderlichen Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen vor Beginn der Leistungserbringung einzuholen und Quellensteuer zu entrichten. Auf Verlangen der Stadt Zürich legt sie Kopien der Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen vor.

12. Leistungsänderung

- 12.1. Die leistungserbringende Partei verpflichtet sich, Änderungswünsche der Stadt Zürich (sofern vertragsgerecht möglich) auch nach Vertragsschluss umzusetzen. Erachtet sie die Änderungen für nicht umsetzbar, hat sie dies der Stadt Zürich unverzüglich schriftlich begründet mitzuteilen.
- 12.2. Akzeptiert die leistungserbringende Partei die Änderungen und beansprucht sie dafür eine zusätzliche Vergütung, hat sie der Stadt Zürich unverzüglich vor Beginn der Leistungserbringung ein schriftliches Ergänzungsangebot zu unterbreiten, bei welchem sie dieselben kalkulatorischen Grundsätze anwendet wie beim Hauptangebot. Unterlässt sie dies, kann kein zusätzliches Honorar verlangt werden. Dasselbe gilt für den Fall, dass Änderungen infolge äusserer Faktoren notwendig werden.
- 12.3. Änderungen der Ausführung sind ohne vorgängige schriftliche Zustimmung der Stadt Zürich strikt untersagt.

13. Geheimhaltung

- 13.1. Die Parteien behandeln alle Tatsachen und Informationen vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind. Die Geheimhaltung ist schon vor Vertragsschluss zu wahren und dauert über die Beendigung des Vertragsverhältnisses hinaus, solange ein Geheimhaltungsinteresse besteht. Vorbehalten bleiben gesetzliche Aufklärungspflichten. Die Parteien sorgen für die Einhaltung dieser Verpflichtung durch ihre Mitarbeitenden, Zuliefernden und Subunternehmen.

13.2. Verletzt eine Partei oder verletzen von ihr beigezogene Dritte und Subunternehmen vorstehende Geheimhaltungspflicht, so schuldet die verletzende Partei der anderen eine Konventionalstrafe. Diese beträgt je Fall 10 Prozent des gesamten Auftragswertes, höchstens jedoch 50000.– Franken je Fall.

13.3. Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit weder von der Geheimhaltungspflicht noch von der Erfüllung der vertraglichen Pflichten. Schadenersatzansprüche bleiben vorbehalten.

13.4. Will die leistungserbringende Partei dem Vertragsverhältnis werben oder darüber publizieren, bedarf es der vorgängig erteilten, schriftlichen Zustimmung der Stadt Zürich.

14. Datenschutz und Datensicherheit

- 14.1. Die Parteien verpflichten sich, die einschlägigen und jeweils geltenden Bestimmungen der schweizerischen und kantonalen Datenschutzgesetzgebung einzuhalten. Sie sind verpflichtet, alle wirtschaftlich zumutbaren sowie technisch und organisatorisch möglichen Vorkehrungen zu treffen, damit die im Rahmen der Vertragsabwicklung zu bearbeitenden Daten gegen unbefugte Kenntnisnahme Dritter wirksam geschützt sind.
- 14.2. Die leistungserbringende Partei überbindet die Verpflichtungen hinsichtlich Datenschutz und Datensicherheit auf ihre Mitarbeitenden, Subunternehmen sowie weitere zur Vertragserfüllung beigezogene Dritte.

15. Immaterialgüter- und Schutzrechte

- 15.1. Die leistungserbringende Partei garantiert, über sämtliche, für die Leistungserbringung erforderlichen Immaterialgüter- und sonstigen Schutzrechte zu verfügen.
- 15.2. Die leistungserbringende Partei garantiert, dass ihre Leistungen keine Schutzrechte Dritter verletzen. Ansprüche Dritter wegen Verletzung von Schutzrechten wehrt die leistungserbringende Partei auf eigene Kosten und Gefahr ab. Die Stadt Zürich gibt der leistungserbringenden Partei solche Forderungen schriftlich innert nützlicher Frist bekannt und tritt ihr die ausschliessliche Führung eines allfälligen Prozesses und die Massnahmen für die gerichtliche oder aussergerichtliche Erledigung des Rechtsstreits ab. Wird die Stadt Zürich zur Leistung von Schadenersatz und/oder Tragung von Kosten verpflichtet, hält die leistungserbringende Partei sie vollumfänglich schadlos.
- 15.3. Die Rechte an den von der leistungserbringenden Partei in Erfüllung des Vertrags erstellten

Arbeitsergebnissen gehen mit deren Erstellung auf die Stadt Zürich über. Darunter fallen insbesondere beispielsweise im Rahmen eines Vertragsverhältnisses von der leistungserbringenden Partei erstellte Konzepte, Unterlagen und Auswertungen. An rechtlich nicht geschützten Ideen, Verfahren und Methoden, die den Arbeitsergebnissen zugrunde liegen, sind beide Vertragsparteien nutzungs- und Verfügungsberechtigt.

- 15.4. An Produkten und/oder vorbestehenden Schutzrechten (beispielsweise an vorbestehenden Arbeitsergebnissen) Dritter und/oder der leistungserbringenden Partei, welche untrennbare Bestandteile der vertraglichen Leistungserfüllung sind, erhält die Stadt Zürich zeitlich unbeschränkte, nicht ausschliessliche und übertragbare Nutzungsrechte für eigene Zwecke.
- 15.5. An den von beiden Parteien gemeinsam entwickelten Neuerungen und Weiterentwicklungen entsteht ein gemeinsames Schutzrecht.
- 15.6. Alle Rechte an Unterlagen und den darin dargestellten Gegenständen, welche die Stadt Zürich der leistungserbringenden Partei übergibt, verbleiben bei der Stadt Zürich. Die leistungserbringende Partei darf diese Unterlagen nur zur Leistungserbringung für die Stadt Zürich verwenden. Nach Beendigung der Vertragsbeziehung sind physisch erhaltene Unterlagen unaufgefordert zurückzugeben und digitale unwiederbringlich zu löschen.

16. Vertragsdauer und Kündigung

- 16.1. Der Auftrag dauert grundsätzlich bis zu dessen Erfüllung.
- 16.2. Ein Auftrag kann jedoch von beiden Parteien jederzeit gekündigt werden. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.
- 16.3. Wer einen Auftrag zur Unzeit beendet, wird schadenersatzpflichtig, ausser er muss aus wichtigem Grund durch die Stadt Zürich aufgelöst werden. Als wichtiger Grund gilt insbesondere:
- die mehrfache schriftlich gerügte Nicht-/ Schlechterfüllung des Vertrags seitens der leistungserbringenden Partei.
 - das fehlende Akzept der leistungserbringenden Partei zu Leistungsänderungen.
 - die Konkureröffnung, die Zahlungsunfähigkeit, die Überschuldung und die Eröffnung eines Nachlassverfahrens gegenüber der leistungserbringenden Partei.

- der Verkauf der leistungserbringenden Partei bzw. der Mehrheit deren Aktien/Anteile an einen Dritten.
- die Nichteinhaltung des «Verhaltenskodex für leistungserbringende Vertragsparteien der Stadt Zürich» durch die leistungserbringende Partei, deren Subunternehmen und zur Vertragserfüllung beigezogene Dritte.

17. Schlussbestimmungen

- 17.1. Sollte eine der vorliegenden Bestimmungen nichtig oder nicht durchsetzbar sein oder werden, so werden die übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung tritt eine neue Klausel, die nach Sinn und Zweck den vorliegenden allgemeinen Bedingungen und den wirtschaftlichen Auswirkungen der unwirksamen Bestimmung möglichst entspricht.
- 17.2. Die leistungserbringende Partei darf Forderungen gegenüber der Stadt Zürich ohne deren schriftliche Zustimmung weder abtreten noch verrechnen. Ebenfalls einer schriftlichen Zustimmung bedarf die Verpfändung von Forderungen aus dem Vertragsverhältnis durch die leistungserbringende Partei.
- 17.3. Der Vertrag untersteht dem schweizerischen materiellen Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Zürich.

Zürich, August 2024